

Zeitschrift: Badener Neujaarsblätter
Herausgeber: Literarische Gesellschaft Baden; Vereinigung für Heimatkunde des Bezirks Baden
Band: 49 (1974)

Artikel: Nichts ist entstanden ohne Spannungen : zum Rücktritt von Stadtmann Max Müller, Baden : ein Interview
Autor: Müller, Max / Oppenheim, Roy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-323617>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nichts ist entstanden ohne Spannungen

Zum Rücktritt von Stadtmann Max Müller, Baden. Ein Interview

Was geschah 1948–1973 in Baden über den routinemässigen Ausbau der Infrastruktur hinaus?

A. Für die wohnliche Stadt?

1959 konnte die Altstadt an die erste Fernsehsammelantenne der Schweiz angeschlossen werden zum Schutze des historischen Ortsbildes und mit besserem Empfang.

1961 fielen nach sechsjährigen Arbeiten und vorangegangener jahrzehntelanger, mühevoller Diskussion die beiden gefährlichen Barrieren an der Bruggerstrasse und beim Falken durch Verlegung der Bahn (Ende von «Baden les barrières»).

1.1.1962 wird mit dem Gemeindegemeinschaftsschluss Baden-Dättwil der Grundstein dafür gelegt, das Missverhältnis zwischen Arbeitsplätzen und Wohngelegenheiten in unserer Stadt zu mildern; der Zusammenschluss hat auch die Entscheide für die Standorte des Forschungszentrums BBC und des zweiten Aarg. Kantonsspitals erleichtert.

1965 Die Stadt wird vom Durchgangsverkehr frei (50 Mio).

1969 entstanden die schon längst gewünschten Anlagen für den Kurort, nämlich der Erholungsort Römerbad-Mätteli und die 3,5 km lange Limmatpromenade zwischen den beiden Kraftwerken Aue und Kappelerhof (1 Mio).

1955–1965 Nach der Bahnverlegung wurde in einer vielbeachteten Gesamtplanung das Leitbild einer wohnlichen Innenstadt erarbeitet, dessen erste Realisierungsetappe am

12.8.1972 mit der Neugestaltung des Bahnhofquartiers zum Abschluss gelangte (20 Mio).

B. Für Erziehung und Ausbildung?

1950 erfolgte die Eröffnung des neuen Gewerbeschulhauses an der Burghalde (1,3 Mio).

1951 Quartiersschulhaus Kappelerhof erweitert.

1953 Zusammenarbeit mit Wettingen durch einen (erstmalig im Aargau) geleisteten Beitrag Badens von Fr. 750 000.– an den Bau eines eigenen Bezirksschulhauses.

1956 Tanneggschulbauten und Turnhallen eröffnet (2 Mio).

1957 Ausbau des vorbildlich geführten Ferienheims Litzirüti mit Hilfe der Stadt.

1961 konnte nach langjährigem hartnäckigen Widerstand verschiedener Kreise die zweite Aarg. Kantonsschule in Baden eröffnet werden (Baubeitrag der Stadt 2,5 Mio und grosszügige Schenkung des Baulandes durch die Ortsbürgergemeinde für die 1. Etappe).

1967 Quartierschulhaus Meierhof (1,6 Mio).

1968 Erweiterung Bezirksschule beschlossen (5,5 Mio) und Gewerbeschule (1,6 Mio).

26.10.1970 Eröffnung heilpädagogische Sonderschule im Streule-Areal; Wettbewerbskredit und Landerwerb für K. V. Schule; Baurecht für Schulhaus für cerebral gelähmte Kinder.

1970 Erweiterung Tannegg-Schulhaus (665 000.-).

1971 Schulzentrum Ländli-Pfaffechappe (10,8 Mio, Aufrichte 1973).

1972 Für den Bau eines Schulhauses der Patengemeinde Realp können zur Aufrichte Fr. 50 000.- in bar und Naturalien beige-steuert werden (davon Fr. 15 000.- aus Budget, der Rest aus Sammelgeldern).

C. Für die Gesundheit

1950 konnten für unser Spital der dringende Erweiterungsbau (Gartenhaus) sowie das Personalhaus eröffnet werden (1,5 Mio).

1956 Erste schweizerische Polio-Schutzimpfung in Baden für Kinder und Jugendliche (unentgeltlich).

1961 4 Chefarzte werden für das Spital gewählt; rasante Zunahme der Patientenzahlen.

1961/62 Durisol Pav. für med. Abteilung (2,5 Mio). Mehr und mehr versorgt unser Spital dank hervorragendem Ruf seiner Aerzte den östlichen Kantonsteil, weshalb

1969 der Westanbau Spital (3,1 Mio) und erste Intensivpflegestation im Kanton Aargau sowie

1972 ein An- und Umbau Gartenhaus notwendig werden (1,4 Mio). Musterstation für Kantonsspital.

6.10.1972 konnte endlich nach jahrelangem offenen und heimlichen Widerstand der 1. Spatenstich für das Kantonsspital Baden getätigt werden.

D. Für besondere Dienstleistungen?

1949 Es fand die Einweihung des neuen Waldfriedhofs Liebenfels (Planung noch unter Herrn Stadtmann Killer; 800 000.-) in feierlichem Rahmen statt, der

- 1955 die Abdankungshalle mit zweitem aargauischen Krematorium folgte (1,07 Mio).
- 1956 Bauamts- und Feuerwehrmagazin auf dem Schadenmühleplatz (2,03 Mio).
- 1965 Personalhaus für Kursaal.
- 1966 Altersheim und Alterswohnheim zusammen mit Ennetbaden in Angriff genommen (5 Mio).
- 1967 Werkhof für Forstbetrieb (1,2 Mio).
- 1967 Parkhaus Gartenstrasse (1,6 Mio inkl. Strassenausbau).
- 1968 Abendverkauf ermöglicht.
- 1969 Parkhaus Klösterli beschlossen.

E. Insbesondere für Jugend und Sport?

- 1955 Kinderkrippe mit Hilfe der Stadt eröffnet, erweitert 1968.
- 1962 Jugendhaus im Kornhaus eröffnet, später Ausbau von Freizeitwerkstätte, Verbesserung des Kellertheaters und Einrichtung einer Galerie für Kunstaussstellungen, die sich bald zunehmender Frequenz erfreut.
- 1967 Jugendherberge stilvoll restauriert, später auch Obergeschoss (Architekt K. H. Müller und Direktor J. Stalder).
- 1968 Ortsbürgergemeinde gewährt unentgeltliches Baurecht für die Erstellung von Jugendheimen auf der Allmend.
- 1968 Grosszügige Landkäufe im Esp, Dättwil, für Sportanlage Trainingsplatz bei der Pinte Dättwil.
- 1969 Hallenschwimmbad beim Freibad (2,7 Mio). Ausbau Sportanlage Aue. Im Laufe der Jahre 6 Turnhallen, Tannegg, Kappelerhof, Meierhof. Kindergärten: Sonnmatt, St. Ursus, Halde, Studio, Meierhof, Kappelerhof (2), Allmend, Rütihof.
- 1968 Tageshort.

F. Für die Versorgung?

(mehrere Wasserreservoirs und -leitungen, Trafostationen)

- 1951 8000-m³-Wasserreservoir Belvédère (1,06 Mio).
- 1954 Unterwerk Kappelerhof erstellt (mit AEW; für 1,1 Mio).
- 1961 Erneuerung des Kraftwerkes Aue (7,6 Mio; Entsorgung siehe unter H. Zweckverbände).
- 1973 Unterwerk Dättwil eröffnet (2,5 Mio; mit AEW).

G. Für die Kultur?

22. 3. 1952 Eröffnung des neuen Kurtheaters Baden (1,5 Mio; erster Nachkriegstheaterbau in Europa).
- 1953 Schaffung eines städtischen Kunstfonds durch das Budget.
- 1962 Geschichte der Stadt Baden von Dr. O. Mittler, I. Band (II. Band 1965).
- 1965 Anleuchtung der historischen Bauten (Direktor J. Stalder). Wiederaufbau der Spitaltrotte (530 000.-).
- 1967 Stadtbibliothek auf neuer Grundlage mit vollamtlichem Leiter, Freihandbibliothek, erzielt in kurzer Zeit sehr erfreuliche Frequenz.
- 1969 Trinkhalle in den Bädern (960 000.-).
- 1970 Aussenrenovation des Stadthauses.
- 1972 Auf Plätzen sowie bei oder in Neubauten und Renovationen fanden aufgrund von Zuschüssen der Stadt, durch das Kunstprozent oder infolge von Schenkungen gutgesinnter Privater über 25 Kunstwerke verschiedenster Künstler und Richtungen ihren festen Platz.
- 1972 Das städtische Museum im Landvogteischloss konnte systematisch ausgebaut und bereichert werden, u. a. durch zwei Stadtmodelle aus dem 17. Jahrhundert und wertvolle Erwerbungen.
- 1973 Freier Wettbewerb «Künstler sehen den Badener Wald» (Wettbewerbssumme von Fr. 65 000.-, wovon Fr. 20 000.- aus dem städtischen Kunstfonds, Fr. 45 000.- persönlich gesammelt).

H. Erlasse, Zweckverbände

- 1960 Neue, fortschrittliche Bauordnung mit Zonenplan sowie Dienst- und Besoldungsverordnung für das Personal genehmigt.
- 1961 Waldreglement erlassen durch Ortsbürgergemeinde. Statuten Zweckverband Abwasserreinigungsanlage (30 Mio, wovon Badens Anteil 12,6 Mio). Statuten Zweckverband Kehrtrichtbeseitigung.
- 1965 Statuten Zweckverband Busbetriebe der Region.
- 1965 Neues Dienstreglement für Stadtpolizei.
- 1966 Kanalisationsreglement.
- 1968 Reglement über die Entwässerung der Liegenschaften.
- 1971 Zweckverband Berufsberatung. Gemeindeordnung beschlossen. Statuten Zweckverband schulpsychologischer Dienst.
- 1972 Geschäftsreglement Einwohnerrat.

An bedeutendsten Grundstückskomplexen konnten u. a. erworben werden

1952 Liegenschaft Frank (Tänneggshulanlagen).

1959 Liegenschaft Klösterli (Verwaltungen, Kantonsschule, K. V. Schule, Stadtbibliothek).

1954 Liegenschaft Bollenhof (Wasserversorgung). Liegenschaft Streule (Landreserve an Uferstrecke).

1955 Liegenschaft Rosenreben (Landschaftsschutz).

1959 Liegenschaft Pinte (Ortsbürgergemeinde), Fussballtrainingsplatz.

1962 ff Verschiedene grössere Grundstücke in Dättwil und Rütihof durch Einwohner- und Ortsbürgergemeinde.

I. Um wieviel Boden ist im Laufe Ihrer 25jährigen Tätigkeit die Gemeinde Baden angewachsen?

M. Durch den Gemeindezusammenschluss mit Dättwil ist die Gemeinde von 1073 auf 1319 Hektaren angewachsen.

I. Gab es bei diesem Zusammenschluss Probleme?

M. Vorerst waren da Tendenzen ausserhalb der Gemeinden, auf kantonaler Ebene, gegen eine solche Verschmelzung. Dann gab es Einwohner von Dättwil, die sich gegen einen solchen Vorgang wandten. Der Zuwachs des Gemeindegebietes um ein Viertel erforderte eine entsprechende Anpassung der Administration, die Zuwahl eines neuen Gemeinderates (Herr Obrist). Die Kommissionen und Dienstzweige mussten entsprechend für die neue Aufgabe gerüstet werden. Die Aufgabe ist bis heute noch nicht erfüllt; zur Zeit ist ein grosses Problem die Ueberbauung von Dättwil, was den Bau einer neuen Stadt von 8000 Einwohnern bedeutet.

I. Innerhalb Ihrer Amtszeit hat Baden seinen wohl rasantesten und einschneidendsten Wandel innerhalb seiner Geschichte erlebt. Ist diese Veränderung zugunsten oder zuungunsten der Stadt erfolgt?

M. Ich sehe fast ausschliesslich Positives; ausgenommen sei die viel zitierte Entvölkerung der Innenstadt, die aber keine Eigenheit von Baden ist, sondern eine vielerorts beobachtete Erscheinung der modernen Stadtentwicklung. Dieses Problem stellt sich genau so unumgänglich wie die Zunahme der Luftverschmutzung oder die steigende Intensität des Strassenverkehrs.

I. Aber gibt es nicht gewisse Grenzen im Wachstum einer Stadt, Grenzen, die aus soziologischen, aber auch aus urbanistischen Gründen nicht überschritten werden dürfen, soll eine Stadt lebensfähig bleiben? Ich meine damit

den Schritt von einer Klein- zur Grossstadt. Hat Baden diese Grenze nicht erreicht oder vielleicht schon überschritten?

M. Ueber das Problem des Städtebaus, speziell der optimalen Stadtgrösse, sind ganze Bibliotheken geschrieben worden. Ich glaube – aus Kenntnis der einschlägigen Ueberlegungen der Fachleute –, dass vom städtebaulichen, soziologischen, psychologischen Gesichtspunkt aus Baden noch lange nicht das Optimum überschritten hat, auch nicht, wenn die gesamte Region Baden, diese zusammengehörende Wirtschaftseinheit, politisch zusammengeschlossen wäre. Auch dann liesse es sich immer noch, nein, erst recht gemütlich hier leben.

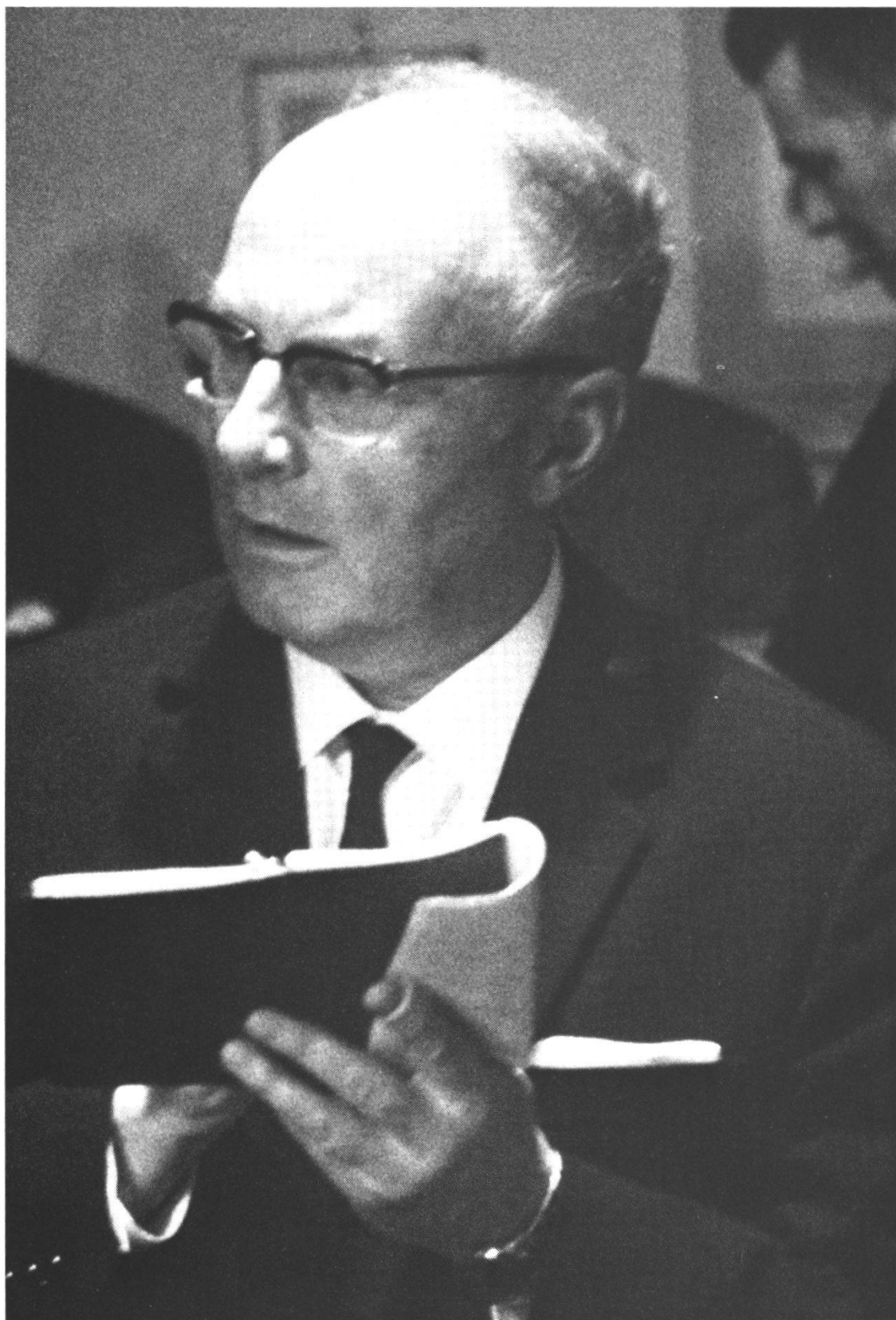
I. Es gab in Ihrer Amtszeit auch Hindernisse, Kritik und Undank. Zum Beispiel die Einführung des Abendverkaufs.

M. «Es liess' sich alles besser schlichten, wenn man die Dinge zweimal könnt' verrichten.» Nachhinein beurteilt man eine Entscheidung oft anders als im Augenblick, da man eine Weiche stellt, stellen muss. Politik ist Kampf und Kampf enthält Ungewisses. Ich möchte dies anhand eines militärischen Vergleiches aufzeigen: Kennt man zum voraus die Mittel des Gegners, so ist ein Kampf viel einfacher zu führen. Aehnlich ist es in der Politik. Man kennt nie zum voraus die Reaktionen der Beteiligten; es gilt abzuwägen, abzuschätzen. Im Fall des Abendverkaufs waren eben die Interessen des Einzelnen auf seine eigenen Bedürfnisse und Wünsche ausgerichtet, während die Behörden die Gesamtinteressen zu wahren hatten. Zu bedauern ist in diesem Zusammenhang, dass der Kanton bis heute keine moderne Ladenschluss-Gesetzgebung zu verwirklichen vermochte.

I. Es gab noch andere umstrittene Projekte: den Plan eines Kantonsspitals Baden und die Kantonsschule Baden.

M. In beiden Fällen war ich durch das Amt sehr engagiert. Die Kantonschule bildete ein 150jähriges Postulat, das erst durchgesetzt werden konnte, als vom Aktionskomitee Baden eine richtige kantonale Aufklärungskampagne gestartet wurde. Das Politisch-Substantielle dieser Kampagne bestand darin, dass die Zofinger, Fricktaler und Freiamter aufgefordert wurden, Baden zu helfen, weil nur dann einmal die Möglichkeit bestände, dass jene Regionen eine Mittelschule erhalten würden.

Von 200 Mitgliedern des Grossen Rates stimmten denn auch ca. 120, d. h. die absolute Mehrheit, meiner Motion zu. Heute ernten die Regionen Zofingen und das Freiamt die Früchte der damaligen Saat, 15 Jahre danach, ohne dass diese Orte und Regionen auch nur annähernd dieselben Vorleistungen zu vollbringen haben wie Baden damals. Immerhin steuerten Orts-



bürger- und Einwohnergemeinde, Brown Boveri und Private an Land und Geld rund 10 Millionen an die erste Bauetappe der Kantonsschule bei.

I. Zum Gebiet der Schulung und Erziehung, auf dem während Ihrer Amtszeit Wesentliches geleistet wurde: Welches sind heute und in nächster Zukunft die grossen Aufgaben, die unserer Stadt harren?

M. Ich erteile seit meinem Rücktritt wiederum Rechts- und Staatskunde an der Berufsschule des Kaufmännischen Vereins, weshalb mir das, was ich schon in meinem Amt verfochten habe, besonders aktuell erscheint: der Bau der neuen Kaufmännischen Berufsschule. Das Grundstück am Kreuzliberg ist schon erworben; es bedarf noch der finanziellen Regelung. Die Zustimmung des Kantons liegt vor. Die Aufrichtefeste für den neuen Bau der Bezirksschule und des Schulzentrums Ländli-Pfaffechappe sind eben vorbei, so dass sich auch diese beiden Unterfangen auf dem besten Weg zur Realisierung befinden. Zum Kantonsspital: Kleinere Kantone als der Aargau, Basel-Land oder der Thurgau etwa, haben seit langem den Anforderungen entsprechend zwei Kantonsspitäler; einzig im Kanton Aargau sollte der Anachronismus allzulange bestehen bleiben, dass die Stadt Baden den östlichen Teil des Kantons versorgt. Hier muss und wird nun etwas geschehen, das dem viertgrössten Kanton unseres Landes entspricht.

I. Welches sind die konstanten Spannungsfelder, die Ihre Amtszeit charakterisieren? Ich denke an die eben angesprochene Spannung Aarau – Baden oder an das Spannungsfeld der Industrie.

M. Jedes Projekt, selbst der Bau eines kleinen Kindergartens, bringt Spannungen. Es gibt kaum etwas in der Politik, das ohne Spannungen entstehen könnte. Spannungen sind das Lebenselement des politisch Tätigen. Wenn Sie die Spannungen zur Grossindustrie ansprechen, so ist einer Legendenbildung entgegenzutreten und zu wiederholen, was ich in der Ansprache zum 75jährigen Jubiläum von Brown Boveri ausgesprochen habe: ich habe mich gegenüber BBC immer frei gefühlt. Die Industrie ist kein Gegensatz, sondern eine ideale Ergänzung zum Kurort. Es lässt sich nichts Besseres denken als eine saubere Industrie, die Leben und Betrieb bringt. Die Präsenz und die Nähe einer machtvollen Arbeitswelt im Kurort vermittelt selbst den Kurgästen einen gesundheitsfördernden Impuls (siehe Badener Neujaarsblätter 1967, S. 7 ff). Behördevertreter aus anderen Städten mit Industrie sehen das Verhältnis zwischen Grossindustrie und Kleinstadt anders: auf der einen Seite des Gemeinderatstisches sitzen 3 Direktoren, auf der andern 3 Arbeitnehmer. Der arme Gemeindeammann ist dann da, um wiederholt den Stichentscheid zwischen diesen beiden Interessengruppen zu

fällen ... Dem war in Baden entgegen immer wieder erhobenen Behauptungen nie so; ja wir merken von einer solchen Konstellation überhaupt fast nichts. Wir hatten nie, erst recht nicht zu Zeiten von Stadtrat Dr. h. c. Theodor Boveri solche oder ähnliche Fronten, hier Arbeitgeber, hier Arbeitnehmer. Es gab stets nur eines: das gemeinsame Suchen nach gültigen Lösungen.

I. Hat sich eine Verlagerung innerhalb des Pflichtenheftes eines Stadtoberhauptes ergeben – innerhalb der vergangenen 25 Jahre?

M. Der Amtsantritt fiel in eine Zeit – bald nach Ende des 2. Weltkrieges – da man sich vor einer Depression glaubte. Die Verwaltung war damals überall noch «alter Schule». Durch neue Aufgabenstellungen trat eine völlige Verwandlung ein. Es erwies sich als unmöglich, dass ein Stadtrat sein einzelnes Ressort für sich behielt, als wäre er vollamtlich im Dienste der Stadt tätig – wie etwa in der Stadt Zürich. Dem tiefgreifenden Funktionswandel der Verwaltung kam man entgegen, indem man trachtete, erstklassige Mitarbeiter zu finden. Ich bin gerade darauf stolz, sehr oft solche gefunden zu haben. In dieser Beziehung war ich stets konsequent: wenn ein guter Mann da war, so habe ich ihn, ungeachtet seiner Herkunft und allfälliger Widerstände aus unsachlichen Gründen, entschieden zur Wahl vorgeschlagen. Prof. Imboden sagte in seinem bedeutenden Büchlein «Helvetisches Malaise», nichts käme den Bürger teurer zu stehen als Beamte, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind. Ich war deshalb stets ein Gegner aller Aemterpatronage. Diese Haltung – dessen bin ich mir bewusst – hat mir da und dort den Weg erschwert. In dieser Beziehung ist nicht nur im Ausland manches faul im Staate.

I. Herr Stadtmann, Sie sind trotz der vielen harten Kämpfe und Widrigkeiten, die ein Stadtmann erdulden muss, Mensch geblieben. Wie ist dies in Anbetracht der Belastungen und Aufgaben – nicht zuletzt der Repräsentationspflichten – möglich?

M. Ein Privatleben gab es kaum. Mein Auftrag konnte nur dank der Hilfe meiner Familie erfüllt werden. Was die sogenannte Repräsentation anbelangt, so kommt es sehr darauf an, wie man diese zum Nutzen der Stadt anpackt. Für mich war diese Aufgabe meist ein «Plausch», weil ich nur dorthin ging, wo auch ich etwas davon hatte, z. B. dort, wo man interessanten Persönlichkeiten begegnen und zum Vorteil des Amtes seinen Horizont erweitern konnte, also nicht zum Stimmenfang, was auch vorkommen soll.

I. Neben den vielen Erfolgen gibt es sicherlich auch Rückschläge und Enttäuschungen. Welches sind für Sie solche?

M. Mein Trauma war und ist teilweise noch das Kraftwerk Kappelerhof, ein

Projekt, das sich zurzeit auf dem Wege zur endlichen Realisierung befindet. Verschiedene Kreise und Umstände hatten dieses Projekt leider endlos verschleppt. An der ersten Sitzung, im April 1948, an der ich teilnahm, war es als äusserst dringlich eingestuft worden. Erst jetzt, Ende 1973, hat der Einwohnerrat die Erneuerung dieses ältesten Kraftwerks unseres Kantons endlich behandeln können. Dieses Traktandum, das ich während meiner gesamten Amtszeit mitzuschleppen hatte, stellt die wohl leidigste Angelegenheit in diesen 25 Jahren dar. Wenn wir das Kraftwerk 1948 gebaut hätten, wäre der Preis pro Kilowattstunde bei 2 Rappen geblieben.

Es war ärgerlich, während 30 Jahren zuzusehen, wie das Wasser der Limmat ungenutzt durch Baden fliesst, denn aus naturschützerischen Erwägungen heraus wäre nichts einzuwenden gewesen, da die Limmat in einem tiefen Graben fliesst und sich die Kraft des Wassers ohne negative Auswirkungen auf die Umwelt hätte nutzen lassen.

I. Auf welche Leistung sind Sie besonders stolz?

M. 1956 hat Baden als erste Stadt unseres Landes die Polio-Schutzimpfung gegen den Willen des damaligen Kantonsarztes durchgesetzt; dies ging so weit, dass mich der Kantonsarzt verhaften wollte. Dieser hatte eine Pockenimpfung vorgesehen, als ich erfuhr, dass Dr. Edi Zander über den neuen Impfstoff verfügte, worauf die Organisation sofort auf Polio-Impfung umgestellt wurde. Seit jener ersten Impfung hat es keinen einzigen Kinderlähmungsfall mehr in Baden gegeben, von dem der Betroffene bleibende Nachteile davongetragen hat. Das ist eine schöne Gegenleistung für die damaligen prestige-bedingten Widerstände. Belastung und Spannungen entsprechen bei weitem also nicht immer proportional dem Geldaufwand.

I. Ihre letzte Aktion ist der Wettbewerb «Künstler sehen den Badener Wald». Dies bringt mich darauf, dass es immer eines Ihrer Anliegen war, die besonderen kulturellen und landschaftlichen Gegebenheiten der Region zu pflegen.

M. Der Badener Wald stellt tatsächlich etwas Einmaliges dar, was unlängst anlässlich einer Tagung des Schweizerischen Forstvereins besonders hervorgehoben wurde: der Badener Wald bietet alles, was im schweizerischen Mittelland geboten werden kann, und dies auf ganz kleiner Fläche, denn auf dem gesamten Gebiet der Stadt lässt sich innerhalb von 5 Fussminuten Badener Wald erreichen (siehe Badener Neujahrsblätter 1961, S. 26 ff, und Jubiläumsschrift der städtischen Werke «Künstler der Region Baden»).

I. Die Stadt Baden hat sich im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnte in einem kaum erwarteten Ausmass verändert. Baden sieht sich heute mit den

üblichen Problemen konfrontiert: Entvölkerung der City und Flucht aus der Stadt aufs noch freie Land. Sehen Sie aus dieser Sicht Gefahren und Probleme grossen Ausmasses, mit denen Ihr Nachfolger konfrontiert werden wird?

M. Wenn Sie die Stadt in ihren heutigen Dimensionen betrachten, mit den Aussenquartieren Kappelerhof, Neuenhof, Allmend usw., so befindet sich dieses Gebilde – im Vergleich zu anderen Städten unseres Landes – noch bei weitem nicht in der Gefahrenzone. Soziologische und städtebauliche Studien, u. a. auch aus den Vereinigten Staaten, zeigen deutlich, dass die Grösse unserer Stadt noch keine diesbezüglichen Probleme stellt und wohl auch nicht in nächster Zukunft stellen wird.

I. Worin sehen Sie – im Blick auf die Zukunft – die vordringlichsten Aufgaben, die es zu lösen gilt?

M. Ich möchte mich vor öffentlichen Ratschlägen hüten! Was wann auf uns zukommt, ist im Finanzplan der Stadt aufgeführt.

I. Welchen Aufgaben werden Sie sich nun zuwenden, neben der schon erwähnten Tätigkeit an der Berufsschule des Kaufmännischen Vereins und ihrer Aufgabe als Grossrat?

M. Es ist seit meinem Rücktritt nicht nur nie langweilig geworden, ganz im Gegenteil: es ist noch interessanter als zuvor. Die Tätigkeit als Grossrat gibt die Möglichkeit, weiterhin die Interessen der Region zu vertreten. Als Präsident der städtischen Werke freue ich mich natürlich, an der Realisierung des Kraftwerkes Kappelerhof II mitzuwirken.

I. Welches war das Besondere in den 25 Jahren Ihrer Amtszeit?

M. Das Ungewöhnliche lag an der Situation, in der ich die Leitung der Stadt übernahm: Es galt, den Nachholbedarf nach Jahren der Krise und des Krieges zu stillen. Dieser Bedarf war und ist extrem gross, hervorgerufen durch die erfreuliche Entwicklung von Industrie und Wirtschaft.

I. Wie stellen Sie sich zum Problem der Teilnahmslosigkeit des heutigen Bürgers zu den Fragen der Politik, eine Teilnahmslosigkeit, die sich auch in Baden – gerade in Ihrer Amtszeit – an den sinkenden Zahlen der Stimmbeteiligung ablesen lässt?

M. Dieses Problem ist tatsächlich von grosser Bedeutung. 1967 haben wir das Projekt der Bahnhofplatzgestaltung der Gemeinde unterbreitet. Damals kamen ohne Frauenstimmrecht 1300 Teilnehmer an die Gemeindeversammlung; bei einer der letzten Gemeindeversammlungen während meiner Amtszeit zählten wir – nun die Frauen eingerechnet – noch 700 Teilnehmer. Das

Interesse beider Geschlechter hatte sich also auf fast ein Viertel reduziert. Man könnte dies selbstgefällig dahin interpretieren, dass der Bürger zufrieden sei; dennoch stimmt die Situation nachdenklich. Die Gründe sind sicher vielfältig. Einmal ist wohl die stets steigende Reizüberflutung des Einzelnen mitschuldig, dann aber dürfte eine gewisse Ohnmacht des Stimmbürgers mitspielen, indem der Einzelne denkt: es kommt auch ohne mein Zutun wie es will. Das Unbehagen ist gross. Denken wir nur an verschiedene Abstimmungen der letzten Zeit. Etwa jene über die Kantonalbank: der Grossrat hatte einstimmig zugestimmt, da wirklich kein Haar mehr in der Suppe zu finden war; jedermann – so glaubte man zu Recht – müsste diese Vorlage bewilligen. Das Resultat: bei 42 000 Ja gab es noch über 30 000 Nein, ob- schon niemand einen begründbaren Anlass dazu sah. Dies kann nur als Unwille des Bürgers in Anbetracht der zunehmenden Steuern interpretiert werden. Ich bin überzeugt, dass in der DDR – fänden freie Wahlen statt – eine Beteiligung von 95 Prozent zu verzeichnen wäre. Bei uns jedoch, da der Bürger vielleicht zu häufig an die Urne gerufen wird, ist eine gewisse Uebersättigung zu beobachten.

Was jedoch kann man dagegen unternehmen? Ein hervorragendes, weit über die Grenzen unseres Landes beachtetes Beispiel war die Abstimmung über den Bahnhofplatz. Damals wurde der Bürger anhand einer umfassenden und klaren Dokumentation in Wort und Bild informiert. Das dürfte wohl das Maximum an möglicher Information darstellen. Das Resultat war auch dementsprechend: ein Grossaufmarsch zur damaligen Gemeindeversammlung. Die lebensnahe Aufklärung des Bürgers muss intensiviert werden.

I. Würden Sie unser demokratisches System in seiner heutigen Form auch weiterhin als die bestmögliche Form der Demokratie betrachten?

M. In bezug auf Baden und den Kanton Aargau unbedingt ja. Was jedoch andere Städte – etwa Zürich – anbelangt, muss man aufgrund der heutigen Erfahrung fast ein Fragezeichen setzen. Dort wo man nicht mehr Auge in Auge, sondern auf dem Umweg über ein Parlament abstimmt, weiss man nur noch, was der Bürger *nicht* will – wie sich an den wiederholten Ablehnungen von jahrelang vorbereiteten und wohlfundierten Vorlagen eben in Zürich zeigt; was er aber *will*, ist schwer zu ergründen. Es stellt sich die Frage einer Vollmacht.

I. Sie waren und sind ein Anhänger der sinnvollen Gemeindegemeinschaften. Welches sind Ihre diesbezüglichen Gedanken?

M. In der heutigen Situation kommt vorderhand – aus verschiedenen Gründen – ein Zusammenschluss von Baden und Wettingen nicht in Frage. Den-

ken Sie an die Geschichte unseres Landes. Während Jahrhunderten haben sich die einzelnen Stände bitter bekämpft und einen Zusammenschluss verunmöglicht. Erst 1848 verwirklichte sich die Gründung eines gemeinsamen Staates. Dasselbe lässt sich auf europäischer Ebene beobachten: Kriege und Auseinandersetzungen haben einen Zusammenschluss bis heute verhindert. Damit ist der Einfluss Europas völlig geschwunden, was sich am letzten Konflikt im Nahen Osten eindringlich zeigt. Drei Kriege haben Europa seines Einflusses und seiner Rolle in der Welt beraubt. Wir müssen sehen, dass wir diese Situation zu spät erkannt haben und auch heute offenbar immer noch nicht erkennen, was wir versäumt haben. Wenn sich dies aber im Grossen so abspielt, weshalb muss es auch im Kleinen so vor sich gehen? Weshalb muss weiterhin eine falsche Dörfchenpolitik betrieben werden? In der Bundesrepublik Deutschland und in skandinavischen Ländern besteht seit langem ein im Vergleich zu uns fortschrittlicher Geist, der den Zusammenschluss von Gemeinden fördert. Bei uns ist aus lauter Angst, Baden würde zu gross (!), eine Gegenbewegung zu beobachten. Aber das ist schliesslich Sache des Steuerzahlers: wenn er das Nebeneinander von verschiedenen Verwaltungen einer einzigen vorzieht, dann wird eben der Bürger die zusätzlichen Kosten berappen müssen.

I. Herr Stadtammann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch und wünschen Ihnen alles Gute für die Zukunft.

3. November 1973.

Interviewer: Roy Oppenheim